



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

01/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren im Bundesamt	3
EuGH: Verhandlung zur mitgliedstaatlichen Verpflichtung, ein Folgeverfahren durchzuführen	4
EuGH: Anforderungen an die Unionsrechtskonformität einer Unterbringungsmaßnahme	6
Saudi-Arabien: Rechtliche Situation von LGBTIQ-Personen	7
Die Bekämpfung des Menschenhandels: EMN Working Paper 94	8

Aus der Rechtsprechung

OVG Bautzen / Somalia: Mogadischu als inländische Fluchtalternative	9
VGH Kassel / Jamaika: Gruppenverfolgung Homosexueller	10

Neuerwerbungen der Bibliothek

Impressum	13
-----------	----



Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren im Bundesamt

Der Bundestag hat am 2. Dezember 2022 das Gesetz zur Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (BT-Drs. 20/4327, geändert durch BT-Drs. 20/4703) beschlossen, das am 28. Dezember 2022 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Das Gesetz trat am 1. Januar 2023 in Kraft. Durch dieses Gesetz wurden unter anderem zahlreiche Änderungen im Asylgesetz (AsylG) vorgenommen. Im Folgenden werden einige der wichtigsten Änderungen für die Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren und deren Umsetzung im Bundesamt vorgestellt:

a) Mit der Änderung von § 12a AsylG wird die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (buAVB) eingeführt, die sukzessive seit Jahresanfang bundesweit umgesetzt wird. Mit Außerkrafttreten der alten Fassung des § 12a AsylG entfällt zeitgleich die Rechtsgrundlage für die Durchführung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung durch das Bundesamt. Um in der Übergangszeit, bis die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung flächendeckend zur Verfügung steht, den Beratungsbedarf der Ratsuchenden zu decken, wird das Bundesamt auf Grundlage von § 25 Abs. 1 S. 2 VwVfG auch weiterhin Schutzsuchende im Rahmen von individuellen Gesprächen zu den Abläufen des Asylverfahrens beraten. Grundsätzlich besteht diese Möglichkeit der Einzelgespräche dauerhaft, im Rahmen des Ausbaus der buAVB werden jedoch den Außenstellen die Beratungsangebote der Wohlfahrtsverbände in ihrem Einzugsbereich mitgeteilt, damit auf diese verwiesen werden kann und die Einzelgespräche beim Bundesamt sukzessive zurückgefahren werden können.

Gleichzeitig wurde die Verpflichtung des Bundesamtes, die Asylsuchenden über ihre Rechte und Pflichten zu unterrichten, novelliert. Die Unterrichtung muss nunmehr gem. § 24 Abs. 1 Satz 2 AsylG „frühzeitig“ erfolgen und auch Hinweise zur freiwilligen Rückkehr enthalten. Um dies zu gewährleisten, werden Asylsuchende ab 1. Januar 2023 bereits vor der Antragstellung beim Bundesamt in Gruppengesprächen über ihre Rechte und Pflichten informiert.

b) Mit § 17 Abs. 3 AsylG bzw. § 25 Abs. 7 AsylG wurden Rechtsgrundlagen für das Videodolmetschen und für Videoanhörungen geschaffen. Gemäß diesen konkretisierenden Neuregelungen ist die Nutzung des Videodolmetschens und der Videoanhörung ausnahmsweise in besonders begründeten und geeigneten Fällen möglich. Ungeeignet für Videodolmetschen und Videoanhörungen sind Anhörungen

von Personen, deren persönliche Bedürfnisse zu Kommunikationsschwierigkeiten führen können, beispielsweise Personen, die erheblich sprach-, seh- oder hörbbeeinträchtigt sind oder bei denen der Einsatz eines Gebärdendolmetschenden erforderlich ist.

c) Dem Bundesamt wird mit der neuen Regelung in § 24 Abs. 1 AsylG gestattet, ein Asylverfahren ohne Anhörung zu entscheiden, wenn der Antragstellende dauerhaft nicht in der Lage ist, an der Anhörung teilzunehmen. Voraussetzung für ein Absehen von der Anhörung ist, dass sich die Umstände hierfür dem Einfluss des Antragstellenden entziehen, z. B. wenn er körperlich oder psychisch dauerhaft nicht zu einer Anhörung in der Lage ist. Kann die Dauerhaftigkeit durch den Sachbearbeitenden nicht eingeschätzt werden, ist eine ärztliche Bestätigung anzufordern, die auch Auskünfte dazu enthält, ob oder wann die Verhinderung des Antragstellenden endet. Vor einer Entscheidung ohne Anhörung muss der Sachbearbeitende außerdem angemessene Bemühungen unternehmen, um alle möglichen und zugänglichen Informationen zu den Gründen des Antragstellenden für den Asylantrag zu ermitteln. Hierzu zählen insbesondere Informationen von Verfahrensbevollmächtigten oder aus dem Umfeld des Antragstellenden, etwa aus dem Kreis der Angehörigen. Die Möglichkeit, auf die Anhörung zu verzichten, ist Ultima Ratio.

d) In § 25 Abs. 6 AsylG wird die Teilnahme von Bevollmächtigten und Beiständen an der Anhörung gesetzlich geregelt. Mit der Regelung in § 25 Abs. 6 Satz 4 AsylG wird dem Bundesamt dabei die Möglichkeit eingeräumt, bei nicht genügend entschuldigtem Fernbleiben eines Bevollmächtigten die Anhörung ohne diesen durchzuführen. Die Regelung findet dabei keine Anwendung auf Vormünder und Betreuer. An eine erste Terminabsage werden grundsätzlich keine hohen Anforderungen gestellt, solange sie nicht gänzlich unentschuldigt erfolgt. Für eine wiederholte Absage müssen jedoch erhebliche Gründe im Sinne von § 227 Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen.

e) § 33 AsylG wurde durch das neue Gesetz grundlegend geändert. Die bisherige Rücknahmefiktion des § 33 Abs. 1 AsylG bei Nichtbetreiben des Verfahrens wurde abgeschafft. Das Bundesamt hat bei Nichtbetreiben jetzt ein Wahlrecht zwischen einer Einstellungsentscheidung (§ 33 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AsylG) oder einer Ablehnung des Asylantrags (§ 33 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylG). Die Vermutung des Nichtbetreibens kann durch den Antragstellenden nun binnen eines Monats nach Zustellung der Entscheidung widerlegt werden. Für eine Ablehnung des Asylantrags ist eine „angemessene inhaltliche Prüfung“ erforderlich. Der Asylantrag kann daher in der Regel nicht abgelehnt werden, wenn der Antragstellende nicht zur Anhörung erschienen ist und deshalb keine hinreichenden Erkenntnisse über seine Asylgründe vorliegen. In Konstellationen, in denen eine ablehnende

Entscheidung nicht möglich ist, ergeht ein Einstellungsbescheid. Die Einstellung ist auch die einzige Möglichkeit, wenn lediglich ein Asylgesuch, aber kein Asylantrag gestellt wird (§§ 20, 22, 23 AsylG).

f) In § 37 Abs. 1 AsylG wurde der Bezug auf § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG gestrichen. Die bisher aufgrund dieser Regelung vorliegende Problematik, dass Asylverfahren in eine „Endlosschleife“ geraten konnten, wenn ein Verwaltungsgericht einem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) stattgab, wodurch die Unzulässigkeitsentscheidung des Bundesamts nach § 37 Abs. 1 AsylG unwirksam wurde, das Bundesamt aber im Anschluss aufgrund der zwingenden Regelung des § 29 Abs. 1 AsylG erneut eine Unzulässigkeitsentscheidung treffen musste, entfällt damit.

g) Die Regelüberprüfung der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft aus der bisherigen Regelung des § 73 Abs. 2a Satz 1 AsylG wurde ersatzlos gestrichen.

h) Zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und zur Vermeidung von Bearbeitungsschleifen beim Bundesamt wurde in § 77 Abs. 4 AsylG die Möglichkeit geschaffen, den streitgegenständlichen Bescheid vor dem Verwaltungsgericht dann auszutauschen, wenn eine Unzulässigkeitsentscheidung des Bundesamtes während des Verfahrens durch eine Ablehnung als unbegründet oder offensichtlich unbegründet ersetzt wird. Der neue Bescheid, durch den eine nationale Entscheidung in Bezug auf das Herkunftsland getroffen wird, wird auch dem zuständigen Gericht übersandt und ist dann Streitgegenstand des anhängigen Gerichtsverfahrens.

i) Erstmals besteht nach dem neu eingeführten § 78 Abs. 8 AsylG die Möglichkeit, abweichend von § 132 Abs. 1 und 2 und § 137 Abs. 1 VwGO, die allgemeine asyl-, abschiebungs- oder überstellungsrelevante Lage im Herkunfts- oder Zielstaat revisionsrechtlich überprüfen zu lassen, wenn das Oberverwaltungsgericht die Revision deswegen zugelassen hat. Die Nichtzulassungsbeschwerde kann auf diesen Zulassungsgrund nicht gestützt werden. Das Bundesverwaltungsgericht kann damit in asylrechtlichen Streitigkeiten auch als Tatsacheninstanz fungieren und ist in dem hierfür erforderlichen Umfang nicht an die tatsächlichen Feststellungen des angefochtenen Urteils gebunden. Die Nutzung dieses Rechtsmittels soll drei Jahre nach Einführung evaluiert werden.

Mit den Änderungen im Asylgesetz wurden somit einerseits Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, andererseits sind auch einige Anpassungen an das Unionsrecht erfolgt. Die weiteren Änderungen führen zu einem gestraffteren Asylverfahren und dienen der Beschleunigung. Die gesetzlichen Änderungen zur Einführung des neuen Revisionsgrundes

beim Bundesverwaltungsgericht, dem Wegfall der Regelüberprüfung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren sowie der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung sollen evaluiert werden.

Grundlagen des Asylverfahrens / Prozessführung

EuGH: Verhandlung zur mitgliedstaatlichen Verpflichtung, ein Folgeverfahren durchzuführen

Am 28. Februar 2023 um 9:30 Uhr wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Großen Kammer das Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts (VG) Sigmaringen¹ in der Rechtssache C-216/22 mündlich verhandeln. In dem Verfahren geht es insbesondere um die Grundsatzfrage, ob die Mitgliedstaaten im Nachgang der abschließenden Klärung einer asylrechtlichen Auslegungs- und Anwendungsfrage durch den Gerichtshof verpflichtet sind, ein Folgeverfahren durchzuführen.

Zugleich wird sich der Gerichtshof mit der aufgeworfenen Rechtsfrage auseinandersetzen, inwiefern die mitgliedstaatlichen Gerichte bei einem Rechtsbehelf gegen eine folgeantragsbezogene Unzulässigkeitsentscheidung befugt oder sogar verpflichtet sind, inhaltlich über die Voraussetzungen für die Zuerkennung von internationalem Schutz zu entscheiden. Der Gerichtshof hat angedacht, die mündliche Verhandlung per Videostream zu übertragen. Die Verhandlung kann [hier](#) zeitversetzt verfolgt werden.²

Ausgangsrechtsstreit

Das Ersuchen erging im Rahmen der Klage eines syrischen Asylantragstellers gegen eine Unzulässigkeitsentscheidung des Bundesamtes, mit der sein auf das Urteil des Gerichtshofs vom 19. November 2020 in der Rechtssache C-238/19 („EZ gegen Bundesrepublik Deutschland“)³ gestützter Folgeantrag als unzulässig abgelehnt wurde.⁴

In dem besagten Urteil hatte der Gerichtshof entschieden, dass eine starke Vermutung dafür spreche, dass eine (drohende) Strafverfolgung oder Bestrafung wegen der Verweigerung des Militärdienstes unter

¹ VG Sigmaringen, Beschl. v. 22.02.2022, A 4 K 855/21, eingegangen bei dem Gerichtshof am 24.03.2022, - juris: <https://juris.de/perma?d=MWRE220005407> (zuletzt abgerufen am: 19.12.2022).

² Weitere Einzelheiten unter https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_1477137/de - zuletzt abgerufen am: 09.12.2022).

³ EuGH, Urt. v. 19.11.2020, C-238/19, EZ gegen Bundesrepublik Deutschland.

⁴ Zu den Argumenten und Hintergründen vgl. Dag Naundorf/Jan-Henrik Lange, in: *Entscheiderbrief 12/2020*, EuGH, Auswirkungen des Urteils zum Wehrdienstentzug auf die Entscheidungen des Bundesamtes; Frank Engel, in: *Entscheiderbrief 11/2020*, EuGH: Syrien / Im Kontext des Bürgerkriegs spricht eine starke Vermutung dafür, dass Wehrdienstentzug einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft begründen kann; ders., in: *Entscheiderbrief 07/2021*, Geringe Klagequote bei Folgeanträgen von wehrdienstfähigen Syrern; Nina Pokahr, in: *Entscheiderbrief 04/2021*, Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung.

Alle Entscheiderbriefe zu finden unter: https://www.bamf.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Expertensuche_Formular.html?cl2Categories_Bereich=behoerde&cl2Categories_Typ=entscheiderbrief&sortOrder=dateOfIss-sue_dt+desc&pageLocale=de.

den in Art. 9 Abs. 2 Buchst. e der Richtlinie 2011/95 („Anerkennungsrichtlinie“) genannten Voraussetzungen mit einem flüchtlingsschutzrelevanten Verfolgungsgrund im Zusammenhang stehe. Nach Urteilsverkündung stellten zahlreiche Syrer Asylfolgeanträge mit dem Ziel, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Das vorliegende VG Sigmaringen hat nunmehr Zweifel daran, ob eine Unzulässigkeitsentscheidung im Nachgang einer abschließenden Klärung der asylrechtlichen Auslegungs- und Anwendungsfrage durch den Gerichtshof mit der Richtlinie 2013/32/EU vereinbar ist. Insbesondere möchte es wissen, ob das mitgliedstaatliche Recht zum Erlass einer folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsentscheidung nach Art. 33 Abs. 2 Buchst. d und Art. 40 Abs. 2 der Richtlinie 2013/32/EU einer nationalen Vorschrift entgegenstehe, die eine Entscheidung des Gerichtshofs nicht als Zulässigkeitsgrund für einen Folgeantrag anerkennt, wenn die Entscheidung nicht die Unvereinbarkeit einer nationalen Vorschrift mit dem Unionsrecht feststellt, sondern sich auf die Auslegung des Unionsrechts beschränkt.⁵ Daran anknüpfend möchte das vorliegende Verwaltungsgericht zugleich wissen, ob die gerichtliche Prüfung eines Rechtsbehelfs gegen eine Unzulässigkeitsentscheidung nach Art. 33 Abs. 2 Buchst. d und Art. 40 Abs. 2 der Richtlinie 2013/32/EU allein auf die Überprüfung der Unzulässigkeitsentscheidung der Asylbehörde beschränkt, oder ob das Gericht berechtigt oder sogar verpflichtet ist, den Antrag auf internationalen Schutz auch in der Sache zu prüfen, wenn es feststellt, dass die Voraussetzungen für die Ablehnung des Folgeantrages als unzulässig nicht vorliegen.⁶

Bundesamtsauffassung: Folgeantragszulässigkeit nur bei eindeutiger Unionsrechtswidrigkeit

Zu dem ersten Fragekomplex vertritt das Bundesamt im Einklang mit der nahezu ausschließlichen verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung⁷ die Rechtsauffassung, dass eine Entscheidung des Gerichtshofs (nur) dann als „neue“ Erkenntnis im Sinne dieser Vorschriften anzusehen ist, wenn aus ihr eindeutig hervorgeht, dass eine nationale Regelung nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist; was bei der Auslegungsentscheidung des Gerichtshofs vom 19. November 2020 in der Rechtssache C-238/19 indes nicht der Fall ist, weil mit ihr gerade keine „automatische“ und „unterschiedslose“ Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Syrer im wehrdienstfähigen Alter verknüpft ist.

Bei diesem Auslegungsverständnis dürften vor allem die bei dieser Rechtsfrage adressierten, widerstrebenden Ziele und Grundsätze der Rechtssicherheit, des im 36. Erwägungsgrund der Richtlinie 2013/32/EU zum Ausdruck kommenden Grundsatzes des

res iudicata („Vermeidung einer Doppelbewertung“) und der inhaltlichen Richtigkeit von grundrechtssensiblen Asylentscheidungen im Rahmen der gebotenen systematisch-teleologischen Auslegung in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden.

Ebenso dürfte die Auslegung mit der bisherigen Rechtsprechung des Gerichtshofs vereinbar sein, wonach die Beachtung des Rechtsgrundsatzes der Rechtssicherheit „zur Gewährleistung des Rechtsfriedens und der Beständigkeit rechtlicher Beziehungen“ unerlässlich ist und Verwaltungsentscheidungen auch nicht bei einer abschließenden Klärung durch den Gerichtshof unbegrenzt in Frage gestellt werden sollen,⁸ vor allem dann, wenn der Antragsteller bereits im Rahmen des Asylerstverfahrens die Möglichkeit hatte, eine Vorlage und entsprechende Klärung des Gerichtshofs zu bewirken. Angesichts der Grundrechtssensibilität von Asylrechtsentscheidungen und im Lichte von Art. 18 und Art. 19 Abs. 2 der Grundrechtecharta dürfte aber eine Ausnahme dann geboten und die Mitgliedstaaten zur Durchführung eines Folgeverfahrens verpflichtet sein, wenn der Gerichtshof die Unionsrechtswidrigkeit bzw. Unanwendbarkeit einer mitgliedstaatlichen Regelung eindeutig festgestellt hat.⁹

Ein anderes Auslegungsverständnis und eine grundsätzliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Durchführung eines Folgeverfahrens, auch im Nachgang von „bloßen“ Auslegungsentscheidungen, mit denen keine zwingende (Schutz-)Entscheidung verbunden ist, hätte hingegen enorme Auswirkungen auf die mitgliedstaatliche Verfahrens- und Entscheidungspraxis.

Namentlich drohen zusätzliche Bearbeitungsschleifen und/oder Verfahrensverzögerungen bei den mitgliedstaatlichen Behörden und Gerichten, obgleich eine (Schutz-)Entscheidung in diesen Fällen gerade nicht grundrechtlich determiniert bzw. zwingend impliziert wäre.

Bei einer neuen, von der mitgliedstaatlichen Entscheidungspraxis abweichenden Auslegungsentscheidung des Gerichtshofs würden die Asylbehörden erneut mit der Prüfung bereits bewerteter Asylanträge befasst, mit der Folge einer entsprechenden Bindung von Personalkapazitäten und ggf. von Verzögerungen bei der Prüfung und Bewertung anderer Asylanträge.

Im Übrigen stünden nahezu sämtliche, nicht abschließend geklärte asylbehördliche Entscheidungen fortan unter dem Vorbehalt einer abschließenden Klärung durch den Gerichtshof, gegebenenfalls mit der Folge, dass die mitgliedstaatlichen Gerichte bei Klageverfahren gegen die inhaltliche Folgeantragsentscheidung

⁵ Vgl. VG Sigmaringen, Beschl. v. 22.02.2022, A 4 K 855/21, Vorlagefragen 1 und 2; juris: <https://juris.de/perma?d=MWRE220005407> (zuletzt abgerufen am: 19.12.2022).

⁶ Vgl. VG Sigmaringen, Beschl. v. 22.02.2022, A 4 K 855/21, Vorlagefragen 3a bis 3c; juris: <https://juris.de/perma?d=MWRE220005407> (zuletzt abgerufen am: 19.12.2022).

⁷ Vgl. u. a. OVG Nordrhein-Westfalen, Urst. v. 12.04.2021 – 14 A 818/19 A-; juris; VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 22.12.2020 – VGH 4 S 4001/20; VG Berlin, Urst. v. 10.03.2021 – VG 23 K 314.19A; VG Stuttgart, Urst. v. 25.02.2021 – A 4 K 5487/19.

⁸ Vgl. EuGH, Urst. v. 14.05.2020, C-924/19 und C-925/19, Ungarische Transitzone Röske Rn. 185 und 186 m. w. N.; EuGH, Urst. v. 13.01.2004, C-453/00 „Kühne&Heitz“; EuGH, Urst. v. 12.02.2008, C-02/06 „Kempter / Hauptzollamt“.

⁹ In diesem Sinne EuGH, Urst. v. 19.04.200, Rs. C-924/19 u. a., Ungarische Transitzone Röske Rn. 196ff.

erneut mit demselben Schutzvortrag befasst würden oder die mitgliedstaatlichen Gerichte bei ungeklärten Unionsrechtsfragen die Gerichtsverfahren bis zur abschließenden Klärung durch den Gerichtshof zurückstellen.

Möglichkeit des gerichtlichen Durchentscheidens bei Änderung von allgemeinen Umständen

Zu dem zweiten Rechtsfragenkomplex ist das Bundesamt der Rechtsmeinung, dass die Asylverfahrensrichtlinie nationale Verfahrensbestimmungen erlauben, die eine gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf internationalen Schutz in der Sache auch bei einer Klage gegen die folgeantragsbezogene Unzulässigkeitsentscheidung zulassen, sofern gewährleistet ist, dass der Asylantragsteller zu seinem neuen Vorbringen unter Einhaltung der Verfahrensgarantien des Kapitels II der Asylverfahrensrichtlinie angehört worden ist. Ausnahmsweise ist die Anhörung entbehrlich, wenn sich der Antragsteller auf eine Änderung von allgemeinen Umständen beruft, deren Vorliegen das Gericht auf Grundlage eigener Erkenntnisse überprüfen kann und die Verfahrensbeteiligten einer Entscheidung des Gerichts zugestimmt haben.

Auch hier dürfte die Abwägung der widerstreitenden Ziele und Grundsätze, namentlich dem Ziel nach einer raschen und zügigen Entscheidung von Anträgen auf internationalen Schutz (18. Erwägungsgrund der Richtlinie 2013/32/EU) einerseits und die Gewährleistung des grundrechtlichen Anspruchs auf effektiven Rechtsschutz und der besonderen Verfahrensgarantien nach Kapitel II der Richtlinie 2013/32/EU (v. a. persönliche Anhörung durch Asylbehörde) andererseits, für ein solches Auslegungsverständnis sprechen. In diesem Sinne dürfte eine gerichtliche Entscheidung in der Sache bei einer Klage gegen die folgeantragsbezogene Unzulässigkeitsentscheidung vor allem dann in Betracht kommen, wenn sich der Asylantragsteller ausschließlich auf die Änderung von allgemeinen Umständen beruft, deren Vorliegen das Gericht auf Grundlage eigener Erkenntnisse überprüfen kann.

Um schließlich dem Umstand Rechnung zu tragen, dass dem Antragsteller in diesem Fall faktisch eine Tatsacheninstanz genommen wird und die Asylbehörde keine eigene Prüfung und Bewertung der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers vornehmen kann, dürfte zuvor die Zustimmung der Verfahrensbeteiligten einzuholen sein.

Ausblick auf die Entscheidung

Bei dem vorliegenden Vorabentscheidungsersuchen zeigt sich paradigmatisch, dass sich die Entscheidungsfindung des Gerichtshofs in zahlreichen Verfahren auf eine richterliche Abwägungsentscheidung zwischen den widerstreitenden Zielen und Erwägungsgründen und Grundrechten konzentriert. Dies hängt regelmäßig mit unklaren und nicht eindeutigen, normativen Rahmenbedingungen zusammen.

In dem vorliegenden Fall lassen sich weder den thematisch einschlägigen Regelungen zu den Folgeanträgen (v. a. Art. 33 Abs. 2 Buchst. d, 40, 41 und 42 RL 2013/32/EU), noch zu den Vorgaben an einen wirksamen Rechtsbehelf gegen eine Schutzentscheidung (v. a. Art. 46 Abs. 1 und 6 ff. RL 2013/32/EU und Art. 47 der Grundrechtecharta) eindeutige Hinweise für den Willen des Unionsgesetzgebers entnehmen, so dass nunmehr (erneut) der Gerichtshof dazu aufgerufen sein wird, eine Entscheidung mittels einer systematisch- bzw. funktional-teleologischen Auslegung und Abwägung der widerstreitenden Ziele, Erwägungsgründe und Grundrechte zu finden.

Vor diesem Hintergrund ist mit Spannung zu erwarten, inwiefern die Richterinnen und Richter auch die oben dargestellten enormen Folgen auf die mitgliedstaatliche Verfahrens- und Entscheidungspraxis berücksichtigen werden.

Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung

EuGH: Anforderungen an die Unionsrechtskonformität einer Unterbringungsmaßnahme

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil vom 1. August 2022 (Rechtssache C-422/21) entschieden, dass Art. 20 Abs. 4 und 5 der Richtlinie 2013/33 (sogenannte Aufnahme richtlinie) der Verhängung einer Sanktion, auch bei grob gewalttätigem Verhalten entgegensteht, wenn sie die Wirkung hätte dem Antragsteller die Möglichkeit zu nehmen, seine elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Gerichtshof stellt dabei fest, dass aus dem Wortlaut von Art. 20 Abs. 4 der Richtlinie 2013/33 hervorgeht, dass „grobe Verstöße gegen die Vorschriften der Unterbringungszentren“ und grob gewalttätiges Verhalten“ zwei getrennte Fallgestaltungen darstellen, wobei eine von ihnen ausreicht, um die Verhängung einer Sanktion zu rechtfertigen. Bei Auslegung der Vorschrift nach dem Wortlaut und Zweck und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Unionsvorschriften so anzuwenden, dass ihre praktische Wirksamkeit gewahrt bleibt, ist davon auszugehen, dass der Begriff „grob gewalttätiges“ Verhalten jedes derartige Verhalten unabhängig davon erfasst, wo es an den Tag gelegt wurde. Art. 20 Abs. 4 der Richtlinie 2013/33 ist daher auch anwendbar, wenn ein grob gewalttätiges Verhalten außerhalb eines Unterbringungszentrums aufgetreten ist.

In Fortführung seiner Rechtsprechung (vgl. Urteil vom 12.11.2019, Haqbin Rechtssache C-233/18), wonach eine Sanktion im Sinne des Art. 20 Abs. 4 der Richtlinie 2013/33 auch die im Rahmen der Aufnahme gewährten materiellen Leistungen oder die in diesem Rahmen gewährten Leistungen in Bezug auf Unterkunft, Verpflegung und Kleidung betreffen kann, konkretisiert der Gerichtshof diese dahingehend, dass die Sanktion in Anbetracht des Art. 20 Abs. 5 der Richtlinie 2013/33 nicht dazu führen darf, dass dem Antragsteller die gewährten materiellen Leistungen soweit verwehrt werden, dass er seine elementarsten Bedürfnisse, wie eine Unterkunft zu finden, sich zu ernähren, zu kleiden und zu waschen, nicht mehr befriedigen kann. Diese Erwägungen haben nicht nur Geltung für Antragsteller, die „schutzbedürftige Personen“ im Sinne des Art. 21 der Richtlinie 2013/33 sind, sondern für alle Antragsteller auf internationalen Schutz.

Bei der Verhängung anderer Sanktionen nach Art. 20 Abs. 4 der Richtlinie sind daher unter allen Umständen die in Abs. 5 dieses Art.s genannten Voraussetzungen, insbesondere die Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips und die Achtung der Menschenwürde, zu beachten.¹⁰

Prozessführung

Saudi-Arabien: Rechtliche Situation von LGBTIQ-Personen

Homosexualität und damit assoziierte Verhaltensweisen sind in Saudi-Arabien illegal und werden unter Strafe gestellt.¹¹ Da Saudi-Arabien kein Strafgesetzbuch besitzt, existiert keine kodifizierte Rechtsnorm. Zur Rechtsprechung dienen religiöse Grundsätze der Scharia (nicht-kodifiziertes, tradiertes, religiöses Recht) und nicht-islamische Quellen wie Stammesgesetze und -bräuche. Die Rechtsprechung enthält zudem Einflüsse aus dem (administrativen) französischen Zivilrecht.¹² Nach staatlich sanktionierter Auslegung der Scharia sind homosexuelle Handlungen verboten.¹³ Auch Operationen zur Geschlechtsumwandlung sind in Saudi-Arabien illegal. Ausgenommen hiervon sind ausschließlich „Geschlechtskorrekturen“ (*tṣḥīḥ al-ǧins*, تصحيح الجنس)

für nachweislich intersexuelle Personen.¹⁴ Zur Durchführung der sogenannten Geschlechtskorrektur muss zwingend in Saudi-Arabien eine ärztliche Untersuchung zur Feststellung der Intersexualität durchgeführt und bescheinigt worden sein.¹⁵ Nach wahhabitischer Auslegung der Scharia kann die betroffene Person ihre Geschlechtsidentität nicht frei wählen. Das Geschlecht wird anatomischen Gegebenheiten entsprechend zugewiesen. Zudem obliegt es häufig der Entscheidung der Familie der Patienten, ob eine „Geschlechtskorrektur“ durchgeführt werden darf.¹⁶ Auch besteht aus gesellschaftlichen Gründen eine Präferenz für das männliche Geschlecht und es werden deutlich mehr „Geschlechtskorrekturen“ zum männlichen als zum weiblichen Geschlecht durchgeführt.¹⁷

Das Ausleben von Transsexualität sowie Cross-Dressing (das Tragen von Kleidung, die nicht der heteronormativen Geschlechterrolle einer Person entspricht) werden in Saudi-Arabien mit Homosexualität assoziiert und daher ebenso wie diese illegalisiert und unter Strafe gestellt.¹⁸ Das Strafmaß umfasste in den vergangenen Jahren Gefängnisstrafen, Körperstrafen (Auspeitschen) sowie die Verhängung der Todesstrafe.¹⁹ Im Rahmen von Reformen wurde das Auspeitschen als Bestrafungsmethode im Jahr 2020 abgeschafft.²⁰ In den letzten Jahren kam es mehrfach zu Verhaftungen und Bestrafungen (Körper- und Freiheitsstrafen) von Personen, die homosexueller Handlungen bezichtigt wurden, darunter auch solche, die Transsexualität und Cross-Dressing ausleben.²¹ Laut einem Bericht von Human Rights Watch wurde 2017 eine Trans-Person während einer Veranstaltung von

10 Vgl. EuGH, Urteil vom 01.08.2022, C-422/21, juris.

11 Out Leadership: CEO Brief Saudi Arabia, <https://outleadership.com/wp-content/uploads/2022/08/OL-CEO-Brief-Saudi-Arabia.pdf>, S. 2; Equaldex: LGBT Rights in Saudi Arabia, <https://www.equaldex.com/region/saudi-arabia>, abgerufen am 05.01.2023.

12 Esmaili, Hossein: On a Slow Boat towards the Rule of Law. The Nature of Law in the Saudi Arabian Legal System, *Arizona Journal of International and Comparative Law*, Bd. 26, Nr. 1, 2009, <http://arizonajournal.org/wp-content/uploads/2015/10/Esmaili.pdf>, S. 16-18; Hanson, Maren: The Influence of French Law on the Legal Development of Saudi Arabia, *Arab Law Quarterly*, Bd. 2, Nr. 3, Januar 1987, https://brill.com/view/journals/alq/2/3/article-p272_5.xml, S. 274, abgerufen am 05.01.2023.

13 Human Rights Watch: Audacity in Adversity, 16.04.2018, <https://www.hrw.org/report/2018/04/16/audacity-adversity/lgbt-activism-middle-east-and-north-africa>, abgerufen am 05.01.2023.

14 Open Democracy: Sunni Islamic jurisprudence, sex reassignment surgery and transgender rights, 13.12.2021, <https://www.opendemocracy.net/en/north-africa-west-asia/sunni-islamic-jurisprudence-sex-reassignment-surgery-and-transgender-rights/>, abgerufen am 05.01.2023.

15 Alarabiya News: Saudi issues new regulations for sex correction, 20.05.2020, <https://english.alarabiya.net/News/middle-east/2014/08/14/Saudi-issues-new-regulations-for-sex-correction->

16 Albawaba: Sex reassignment centre for transsexuals in Jeddah, 06.03.2017, <https://www.albawaba.com/editorchoice/sex-reassignment-centre-transsexuals-jeddah-946238>; Annals of Saudi Medicine (ASM): Sex Reassignment: A Challenging Problem. Current Medical and Islamic Guidelines, Januar 1996, <https://www.annsauidmed.net/doi/10.5144/0256-4947.1996.12>, abgerufen am 05.01.2023.

17 Tell, Shoshana: Intersex Management in the United States and Non-Western Cultures, 2015, <https://www.einsteinmed.edu/uploadedFiles/Pulications/EJBM/Article2.pdf>, S.10, abgerufen am 05.01.2023.

18 Out Leadership: CEO Brief Saudi Arabia, 2022, <https://outleadership.com/wp-content/uploads/2022/08/OL-CEO-Brief-Saudi-Arabia.pdf>, S. 2; Equaldex: LGBT Rights in Saudi Arabia, <https://www.equaldex.com/region/saudi-arabia>; United Nations Development Programme: Kingdom of Saudi Arabia. Gender Justice and the Law, 2018, https://arabstates.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Saudi%20Country%20Assessment%20-%20Eng-lish_0.pdf, S. 17, abgerufen am 05.01.2023.

19 House of Commons Library: LGBT+ Rights and Issues in the Middle East, 09.02.2022, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9457/CBP-9457.pdf>, S. 33; Human Dignity Trust: Saud Arabia, 2020, <https://www.humandignitytrust.org/country-profile/saudi-arabia/>, abgerufen am 05.01.2023.

20 Aljazeera: Saudi Arabia Abolishes Flogging as Punishment, 25.04.2020, <https://www.aljazeera.com/news/2020/4/25/saudi-arabia-abolishes-flogging-as-punishment>, abgerufen am 05.01.2023.

21 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 29.11.2018, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/062/1906210.pdf>, S. 5; ILGA World: State Sponsored Homophobia, Dezember 2020, https://ilga.org/downloads/ILGA_World_State_Sponsored_Homophobia_report_global_legislation_overview_update_December_2020.pdf, S. 101; USDOS: Saudi Arabia 2021 Human Rights Report, 2022, https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_SAUDI-ARABIA-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf, S. 57; House of Commons Library: LGBT+ Rights and Issues in the Middle East, 09.02.2022, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9457/CBP-9457.pdf>, S. 33-34; British Broadcasting Company (BBC): The transgender tailor who died in Saudi custody, 17.05.2017, <https://www.bbc.com/news/world-asia-39881527>; Human Rights Watch: Saudi Arabia. Investigate Transgender Woman's Death, 13.04.2017, <https://www.hrw.org/news/2017/04/13/saudi-arabia-investigate-transgender-womans-death>, abgerufen am 05.01.2023.

der Polizei verhaftet und zu Tode gefoltert.²² Zudem wurden auch Personen verhaftet und bestraft, die sich für LGBTIQ-Rechte aussprachen.²³

Gestützt auf die Rechtsprechung der letzten Jahre geht der Report der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) 2020 mit „voller Rechtssicherheit“ davon aus, dass im saudischen Rechtssystem die Todesstrafe als eine mögliche und angemessene Strafe für homosexuelles Verhalten betrachtet wird.²⁴ In der Vergangenheit wurde die Todesstrafe für Homosexualität mehrfach verhängt und angewandt. Seit 2019 wurde über die Verhängung der Todesstrafe in diesem Kontext nur noch vereinzelt berichtet.²⁵ Aufgrund der rechtlichen Lage und gesellschaftlicher Konventionen sowie staatlicher und nicht-staatlicher Verfolgung existieren in Saudi-Arabien weder LGBTIQ-Organisationen, noch gab es Veranstaltungen zur Förderung von LGBTIQ-Rechten.²⁶

Länderanalysen

Die Bekämpfung des Menschenhandels: EMN Working Paper 94

Die Praktiken bei der Erkennung, Identifizierung und dem Schutz von Drittstaatsangehörigen, die Opfer von Menschenhandel sind, stehen im Mittelpunkt des Working Papers 94 des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN): „Die Bekämpfung von Menschenhandel: Rechtliche Entwicklungen, Schutzverfahren und aktuelle Herausforderungen.“ Die Studie schließt an das 2013 erschienene EMN Working Paper 56 „Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr“ an. Die der Studie zugrundeliegenden Daten und Informationen wurden sowohl von Fachbereichen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, von verschiedenen behördlichen Stellen der Bundesländer als auch zivilgesellschaftlichen Fachberatungsstellen eingeholt.

In der europäischen Gesetzgebung wird Menschenhandel als „Anwerbung, Beförderung, Verbringung,

Beherbergung oder Aufnahme von Personen, einschließlich der Übergabe oder Übernahme der Kontrolle über diese Personen, durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderer Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Schutzbedürftigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die die Kontrolle über eine andere Person hat, zum Zwecke der Ausbeutung“²⁷ definiert. Unterschiedliche staatliche und nicht-staatliche Akteurinnen und Akteure beschäftigen sich mit der Identifizierung, der Schutzgewährung und der Unterstützung von Personen, die vom Menschenhandel betroffen sind.

Die Studie widmet sich dem komplexen Handlungsfeld „Bekämpfung des Menschenhandels“, indem sie zunächst die rechtlichen Entwicklungen in Deutschland zwischen 2015 und 2020 behandelt.²⁸ Im Fokus steht dabei die EU-Menschenhandelsrichtlinie (2011/36/EU), mit deren Umsetzung Menschenhandel seit 2016 einen eigenen Straftatbestand darstellt (§ 232 StGB). Ferner betrachtet die Studie die Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie. Fokussiert wird dabei insbesondere die Einführung des Rechtsanspruchs auf kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche, die Opfer schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten wurden (§ 406g StPO). Die Novellierungen im Bereich der Prostitution, speziell die Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes 2017 und die Einführung des Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch 2019, sind ebenfalls Gegenstand der Studie. Gesetzliche Veränderungen gab es im Untersuchungszeitraum vor allem bei den Sozialleistungen für Opfer des Menschenhandels, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4a AufenthG haben. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes 2015 können sie Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II erhalten.

Die Vielseitigkeit der zugrundeliegenden Rechtsmaterie führt zu unterschiedlichen Zuständigkeiten. Liegt eine Opfereigenschaft im Zusammenhang mit Menschenhandel nach §§ 3a, b oder § 4 Abs. 1 AsylG vor, liegt die daraus folgende Gewährung unionsrechtlichen Schutzes beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die strafrechtliche Verfolgung obliegt primär den Strafverfolgungsbehörden der Länder. Ebenso in der Länderzuständigkeit liegen beispielsweise Fragen des Opferschutzes und etwaiger Opferentschädigungen. Menschenhandel wird in Deutschland also in Zusammenarbeit von Ordnungs-, Sicherheits- und Sozialbehörden auf Landes- und Bundesebene sowie Fachberatungsstellen bekämpft.

22 Human Rights Watch: Saudi Arabia. Investigate Transgender Woman's Death, 13.04.2017, <https://www.hrw.org/news/2017/04/13/saudi-arabia-investigate-transgender-womans-death>, abgerufen am 05.01.2023.

23 Human Dignity Trust: Saud Arabia, 2020, <https://www.humandignitytrust.org/country-profile/saudi-arabia/>; Human Rights Watch: Saudi Arabia. Yemeni Blogger Convicted for Supporting LGBT Rights, 27.07.2020, <https://www.hrw.org/news/2020/07/27/saudi-arabia-yemeni-blogger-convicted-supporting-lgbt-rights>; Human Rights Watch: Audacity in Adversity, 16.04.2018, <https://www.hrw.org/report/2018/04/16/audacity-adversity-lgbt-activism-middle-east-and-north-africa>, abgerufen am 05.01.2023.

24 ILGA World: State Sponsored Homophobia, Dezember 2020, https://ilga.org/downloads/ILGA_World_State_Sponsored_Homophobia_report_global_legislation_overview_updated_December_2020.pdf, S. 31, abgerufen am 05.01.2023.

25 ILGA World: State Sponsored Homophobia, Dezember 2020, https://ilga.org/downloads/ILGA_World_State_Sponsored_Homophobia_report_global_legislation_overview_updated_December_2020.pdf, S. 74; House of Commons Library: LGBT+ Rights and Issues in the Middle East, 09.02.2022, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9457/CBP-9457.pdf>, S. 34, abgerufen am 05.01.2023.

26 USDOS: Saudi Arabia 2021 Human Rights Report, 2022, https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_SAUDI-ARABIA-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf, S. 57, abgerufen am 05.01.2023.

27 Amtsblatt der EU, L 101/6, 15.04.2011, RL 2011/36/EU.

28 Die kürzliche Novellierung AVB werden daher in der Studie nicht behandelt.

Die Demographie der Opfer ist gekennzeichnet von einer geschlechtlichen Trennung: Im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist die überwiegende Mehrheit der Opfer weiblich, im Bereich der Arbeitsausbeutung hingegen männlich. Auffallend im Untersuchungszeitraum ist die starke Zunahme minderjähriger Opfer. Begründet werden kann dieses vermutlich damit, dass Kinder und Jugendliche in den Jahren der COVID-19-Pandemie aufgrund der pandemiebedingten Schutzmaßnahmen leichter isoliert werden konnten. Damit waren sie einer stärkeren Gefährdung ausgesetzt, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Allgemein kann von einer hohen Dunkelziffer bei den Opfern von Menschenhandel ausgegangen werden. Bedingt ist dies zunächst dadurch, dass Menschenhandel ein Kontrolldelikt darstellt, die Straftat also in der Regel bei Kontrollen durch z. B. Behörden festgestellt werden kann. Weiterhin geben sich die Opfer aus Angst einerseits vor den Täterinnen oder Tätern, andererseits aber vor Behörden und strafrechtlichen Konsequenzen nur selten zu erkennen oder suchen nicht nach Hilfe. Für die Identifizierung sind entsprechend zivilgesellschaftliche Netzwerke in Form von Fachberatungsstellen, beispielsweise der bundesweit arbeitende Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V., von großer Bedeutung. Diese unterhalten lokale Anlaufstellen, fokussieren darüber hinaus aber auch die aufsuchende Arbeit. Eine zentrale Rolle bei der Identifizierung kommt nicht zuletzt dem Bundesamt zu. Im Asylverfahren obliegt es seit 2012 den Sonderbeauftragten für Opfer von Menschenhandel, das Vorliegen der Opfereigenschaft zu prüfen.

Die Bekämpfung des Menschenhandels erfordert internationale Strategien und Kooperationen. Ziel ist dabei insbesondere die Prävention. Ein aktuelles Beispiel ist die Informationskampagne für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die bereits bei der Ausreise vor der Gefahr, Opfer des Menschenhandels zu werden, warnt. Zentraler Akteur auf europäischer Ebene ist die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), die unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen für Behördenmitarbeitende in den EU Mitgliedstaaten anbietet. Auch im Dublin Verfahren führt der Verdacht auf Menschenhandel, der etwa im Rahmen der Erstbefragung in der Anhörung zur Zulässigkeit nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG dazu, dass die Sonderbeauftragten für die Opfer von Menschenhandel eingeschaltet werden. Durch Entscheiderinnen und Entscheider sowie Sonderbeauftragte ist dann zu prüfen, ob die betreffende Person im zuständigen Mitgliedstaat vor weiteren kriminellen Handlungen mit Menschenhandelsbezug sicher ist.

Die Sonderbeauftragten sind es auch, die in der Studie als bewährte Praxis im Kampf gegen den Menschenhandel genannt werden. Dies gilt insbesondere deshalb, weil ihnen nicht nur bei der Identifizierung eine

Schlüsselrolle zukommt, sondern sie zusätzlich als Multiplikatoren von Expertenwissen im Austausch mit Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen fungieren. Als besonders herausfordernd zeigten sich im Untersuchungszeitraum der Studie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Die durch sie bedingten Kontaktbeschränkungen erschwerten die Arbeit aller Akteurinnen und Akteure gleichermaßen und bedeuteten zugleich aufgrund der pandemiebedingten Regelungen zur sozialen Distanzierung eine höhere Gefährdung potenzieller Opfer.

Die Ergebnisse des EMN Working Paper 94 flossen in die englischsprachige EMN-Studie „Third-country national victims of trafficking in human beings: detection, identification and protection“ ein, die die Berichte aller beteiligten EMN-Mitgliedstaaten vergleicht. Sie kann auf der Internetseite der Europäischen Kommission (https://home-affairs.ec.europa.eu/news/new-emn-study-third-country-national-victims-trafficking-human-beings-detection-identification-and-2022-03-31_en) heruntergeladen werden. Das Working Paper 94 ist wiederum auf der Webpräsenz des Bundesamtes unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/wp94-bekae-empfung-menschenhandel.html> zu finden.

Forschungszentrum

Aus der Rechtsprechung

OVG Bautzen / Somalia: Mogadischu als inländische Fluchtalternative

Mit Urteil vom 12. Oktober 2022 (Az.: 5 A 78/19.A) wies das Sächsische Obergericht (OVG) die Berufung eines Antragstellers zurück. Dieser begehrte die Zuerkennung subsidiären Schutzes, hilfsweise die Feststellung von Abschiebungsverboten.²⁹

Der Kläger hat eigenen Angaben zufolge nie in Somalia gelebt, seine Eltern haben ihn in einem Flüchtlingslager in Äthiopien großgezogen. Familie habe er in Somalia ebenfalls keine mehr. Weiter sei er eingeschränkt, da er nur noch ein sehfähiges Auge besitzt.

Sowohl das Bundesamt als auch das Verwaltungsgericht (VG) Leipzig lehnten sein Begehren mit Verweis auf die Niederlassungsmöglichkeit in Mogadischu ab. Das Sächsische OVG führte aus, dass die Voraussetzungen für die Zuerkennung subsidiären Schutzes nicht vorliegen.

Einerseits fehle es an einem Akteur im Sinne des § 4 Abs. 3 i. V. m. § 3 c AsylG, von dem zielgerichtet eine

²⁹ Vgl. OVG Bautzen, U. v. 12.10.2022 - 5 A 78/19.A. In MLO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/697672/697690/697805/23573645/-/OVG-Bautzen%2C_vom_12.10.2022%2C_5_A_78_19.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=24027065&vernum=-2.

unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ausgeht. Andererseits könne offenbleiben, ob in Mogadischu noch ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt bestehe, jedenfalls fehle es dort im Falle des Klägers an einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit. Der Senat schließt sich damit der überwiegenden Rechtsprechung an,³⁰ wonach es ohne das Hinzutreten gefahren erhöhender individueller Umstände in Mogadischu an einer ernsthaften individuellen Bedrohung infolge des Konflikts fehle. Allein der Umstand, dass der Kläger noch nie in Mogadischu war und dort auch keinerlei Verwandte hat, führe nicht dazu, dass er von etwaigen Anschlägen in besonderer Weise betroffen wäre.

Unter Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG)³¹ stellt der Senat zudem fest, dass der Kläger keinen Anspruch auf die Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 5 AufenthG hat.

Die Wirtschaft leide unter der Dürre, Heuschreckenplage und den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und sei stark von Rücküberweisungen aus dem Ausland abhängig. Dennoch seien die hohen gesetzlichen Anforderungen nicht erreicht. Im Gegensatz zu einer Rückkehrerin oder Angehörigen der Bantus seien nicht vulnerable Personen im Falle einer Rückkehr auf kein Netzwerk angewiesen. Die aktuelle Unterversorgung mit Nahrungsmitteln betreffe die Hauptstadt in weit geringerem Maße als rurale Gebiete.

Für die Anfangszeit könne der Kläger auf Rückkehrhilfe (REAG/GARP-Programm) zurückgreifen. Das Geld genüge bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen von rund 875 US-Dollar jedenfalls mehrere Monate. Anschließend sei anzunehmen, dass es dem Kläger zumindest als Tagelöhner gelingen werde sein Existenzminimum zu erwirtschaften.

Prozessführung / Berufungsverfahren

VGH Kassel / Jamaika: Gruppenverfolgung Homosexueller

Mit Beschluss vom 15. Dezember 2022 (Az.: 5 A 3052/20.A) entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH), dass in Jamaika Personen mit homosexueller Identität flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung drohe. Asylbegründend trug der Kläger im Wesentlichen vor, aufgrund seiner Homosexualität von seiner Familie verstoßen und durch Dritte körperlich angegriffen sowie geschlagen worden zu sein.

Adäquate Hilfe durch die Polizei oder andere Stellen habe er nicht erfahren.

Der Senat ließ Beweis erheben durch die Einholung zweier sachverständiger Auskünfte. Demnach komme eine relevante Verfolgung homosexueller Männer in Jamaika zunächst bereits deshalb in Betracht, weil Handlungen, durch die die sexuelle Orientierung zum Ausdruck gebracht werde, der Strafverfolgung unterliegen, wobei die entsprechenden Strafvorschriften zumindest vereinzelt zur Anwendung gelangten. Homosexuelle Handlungen seien in Jamaika nach Art. 76 und 77 des „Offences Against the Person Act“ (OAPA) von 1864 strafbar. Danach werde Analverkehr (unabhängig ob zwischen Männern oder Mann und Frau) mit bis zu zehn Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit bestraft. Zudem würden in Art. 79 des OAPA „grob unsittliche“ Handlungen zwischen Männern, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im privaten Raum, kriminalisiert. Gemäß diesem Artikel könne jedwede intime Handlung, die im gegenseitigen Einverständnis zwischen Männern stattfände, einschließlich Küssen, mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren, mit oder ohne Zwangsarbeit bestraft werden.

Einer weitergehenden Sachaufklärung durch den Senat, ob das realistische Risiko der Strafverfolgung besteht und damit eine relevante Verfolgungshandlung im Sinne des § 3a Abs. 1 AsylG vorliegt, wenn sich die betroffenen Männer öffentlich zu ihrer Sexualität bekennen, bedurfte es nicht. Der Senat geht davon aus, dass in Jamaika Verfolgungshandlungen nicht-staatlicher Akteure gemäß § 3c Nr. 2 AsylG gegenüber homosexuellen lebenden Männern stattfinden. Diese zielten auf alle sich dort aufhaltenden Gruppenmitglieder und erreichten eine derartige Intensität, dass daraus für jeden Gruppenangehörigen auch ohne weiteres die aktuelle Gefahr eigener Betroffenheit entstehe. So sei Homophobie in der jamaikanischen Gesellschaft weit verbreitet. 87 % der Jamaikanerinnen und Jamaikaner würden Homosexualität als Sünde ansehen und Gewalt gegen Homosexuelle teilweise mit religiöser Moral rechtfertigen. Den Erkenntnissen nach seien zahlreiche Gewaltverbrechen dokumentiert, denen Personen mutmaßlich wegen ihrer sexuellen Orientierung zum Opfer gefallen sind, darunter auch Tötungsdelikte. Im Hinblick auf die Vielzahl und die Qualität der gegen in Jamaika lebenden Homosexuellen gerichteten Übergriffe nicht-staatlicher Akteure geht der Senat davon aus, dass jedes Mitglied der LGBTIQ-Gemeinschaft nicht nur einer Möglichkeit der persönlichen Betroffenheit ausgesetzt sei, sondern auch der tatsächlichen Gefahr.

Nach den dem Senat vorliegenden Erkenntnisquellen sei auch nicht davon auszugehen, dass der jamaikanische Staat ausreichenden Schutz gegen die dargestellten Verfolgungshandlungen nicht-staatlicher Akteure biete. Zwar zeige der jamaikanische Staat eine gewisse Bereitschaft, gegen die Verfolgung seiner

³⁰ Vgl. Hess. VGH, U. v. 01.08.2019 – 4 A 2334/18.A und Bay. VGH, U. v. 27.03.2018 – 20 B 17.31663; VG Köln U. v. 22.04.2022 – 8 K 2632/19.A.

³¹ Vgl. BVerwG, U. v. 18. 02.2021, 1 C 4.20 und U. v. 21.04.2022, 1 C 10.21.

LGBTIQ-Gemeinschaft vorzugehen, es seien jedoch kaum konkrete Schritte unternommen worden. Lediglich erfolgte eine Einführung politischer Maßnahmen im Jahr 2011, um sicherzustellen, dass LGBTIQ-Personen sicher eine Anzeige bei der Polizei erstatten können sowie 2017 die Verabschiedung der National Youth Policy, kraft derer Diskriminierung jamaikanischer Jugendlicher auf Grundlage ihrer sexuellen Orientierung untersagt sei. Umfassende öffentliche Aufklärungskampagnen, um dem hohen Niveau der Intoleranz entgegenzutreten, stünden jedoch nicht an. Auch seien keine Maßnahmen unternommen worden, um Diskriminierung auf der Grundlage der sexuellen Orientierung oder der Geschlechteridentität im privaten Sektor zu verbieten. Die ergriffenen Maßnahmen bewertet der Senat insgesamt so nicht als ausreichend, um effektiven Schutz vor der gegebenen Verfolgung nicht-staatlicher Akteure gemäß § 3c Nr. 3 AsylG zu bieten.

Auch eine interne Schutzalternative sei für den Kläger nicht gegeben. Zwar könne eine gewisse Anonymität in einigen Hotelanlagen im Norden des Landes gewährleistet sein, außerhalb der dortigen Hotelanlagen jedoch sei das Wohnumfeld ähnlich strukturiert wie in übrigen Landesteilen. Schließlich könne der Kläger auch nicht darauf verwiesen werden, sich in einem anderen Landesteil niederzulassen, um dort durch diskretes Verhalten entsprechenden Verfolgungshandlungen zu entgehen, sodass ihm die Flüchtlings-eigenschaft gemäß § 3 AsylG zuzuerkennen sei.³²

Rechtsdokumentation

Neuerwerbungen der Bibliothek

Adunts, David [u. a.]: Gesteuerte Erwerbsmigration nach Deutschland. - Nürnberg: IAB, 2022. - 1 Online-Ressource (88 Seiten)

Aufenthaltsrechtliche Anforderungen an die Qualität der Sorgerechtsausübung: §§ 8 Abs. 1, 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AufenthG; § 1687 BGB. - In: Deutsches Verwaltungsblatt: DVBL. - [138] (2023), Heft 1, Seite 48-50

Bousiou, Alexandra: Peripheralisation and externalisation of the EU asylum regime: Implications for the right to seek asylum on the southeastern EU border islands. - 1 Online-Ressource (17 Seiten). - In: Journal of ethnic and migration studies: JEMS. - 48 (2022), Heft 19, Seite 4586-4602

Bottero, Matteo: Integration (of immigrants) in the European Union: A controversial concept. - 1 Online-Ressource (29 Seiten). - In: European journal of migration and law. - 24 (2022), Heft 4, Seite 516-544

Brücker, Herbert; Jaschke, Philipp: Zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Stellungnahme des IAB vom 4.10.2022 zum Verfahren des Bundesverfassungsgerichts. - Nürnberg: IAB, 2022. - 1 Online-Ressource (16 Seiten)

Cameron, Hilary Evans [u. a.]: Artificial intelligence for a reduction of false denials in refugee claims. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Journal of refugee studies. - 35 (2022), Heft 1, Seite 493-510

Carrera, Sergio [u. a.]: European Union policies on onward and secondary movements of asylum-seekers and refugees: a critical mapping of the EU's migration management complex. - Brussels: CEPS, [2022]. - 1 Online-Ressource (162 Seiten)

Dörr, Patrick [u. a.]: Entscheidungspraxis bei trans- und intergeschlechtlichen Asylsuchenden: Zur Übertragbarkeit der Rechtssprechung zu sexueller Orientierung auf Geschlechtsidentität. - 7 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 12, Seite 388-394

Fontanari, Elena: Germany, year 2020. The tension between asylum right, border control, and economy, through the imperative of deservingness. - 1 Online-Ressource (23 Seiten). - In: Migration studies. - 10 (2022), Heft 4, Seite 766-788

Geflüchtete Frauen: Analysen - Lebenssituationen - Angebotsstrukturen. - Wiesbaden: Springer VS, [2022]. - 1 Online-Ressource (VIII, 307 Seiten). - ISBN 978-3-658-35038-3

³² Vgl. VG Kassel, Urteil vom 15.12.2022, 5 A 3052/20.A. In: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objid=24040892&objAction=Open&nexturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dil%26objid%3D24001208%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>.

Giuffré, Mariagiulia [u. a.]: On 'safety' and EU externalization of borders: questioning the role of Tunisia as a "safe country of origin" and a "safe third country". - 1 Online-Ressource (30 Seiten). - In: European journal of migration and law. - 24 (2022), Heft 4, Seite 570-599

Hikele, Sarah [u. a.]: Grund- und menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte. - Stand der Bearbeitung: 5. August 2022. - Nürnberg, 2022. - 1 Online-Ressource (VIII, 83 Seiten)

Internment refugee camps: historical and contemporary perspectives. - Bielefeld: transcript, 2023. - 1 Online-Ressource (311 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5927-0

Kleist, Olaf: Beyond the crisis mode of the EU-Turkey refugee agreement: towards sustainable rights-based EU asylum and refugee policies. - March 2022. - Thessaloniki: Heinrich-Böll-Stiftung Greece, 2022. - 1 Online-Ressource (51 Seiten)

Müller, Kerstin: Ende der Flucht? Die aufenthaltsrechtliche Situation von Schutzberechtigten nach Sekundärmigration. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 1/2, Seite 19-29

Nalbandian, Lucia: An eye for an 'I': a critical assessment of artificial intelligence tools in migration and asylum management. - 1 Online-Ressource (23 Seiten). - In: [CMS] Comparative migration studies. - 10 (2022)

Offer, Bettina; Mastmann, Gabriele: Wie endlich den gordischen Knoten der Fachkräftemigration lösen? - 1 Online-Ressource (4 Seiten). - In: Zeitschrift für Rechtspolitik: ZRP. - 55 (2022), Heft 8 vom 25.11.2022, Seite 234-237

Pfister, Selina: Legale Zugangswege. - In: Internationale Politik. Special. - (2021), Heft 1: Mercator Kolleg 2020: Berichte, Erfahrungen, Engagement, Seite 31-33

Ponzo, Irene: Reforms of asylum seekers' reception during the 2010s. - 1 Online-Ressource (30 Seiten). - In: Coping with migrants and refugees: multilevel governance across the EU. - London: Routledge. - (2022), Seite 38-67. - ISBN 978-1-003-12995-0

Progressive Migrations- und Flüchtlingspolitik: Impulse für einen Paradigmenwechsel. - Februar 2022. - Bonn: FES, 2022. - 1 Online-Ressource (44 Seiten). - ISBN 978-3-98628-153-3

Rechtsschutz gegen die Annullierung eines (abgelaufenen) Schengenvisums: OVG NRW, Beschl. v. 17.10.2022 - 18 B 814/22. - In: Deutsches Verwaltungsblatt : DVBL. - [137] (2022), Heft 24, Seite 1457-1461

Tschalaer, Mengia: Queer motherhood in the context of legal precarity: Experiences of lesbian mothers seeking asylum in Germany. - 1 Online-Ressource (21 Seiten). - In: Ethnic and racial studies. - 46 (2023), Heft 2, Seite 233-253

Vavoula, Niovi: Artificial intelligence (AI) at Schengen borders: automated and facial recognition in the era of techno-solutionism. - In: European Journal of Migration and Law. - 23 (2021), Heft 4, Seite 457-484



Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

01/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

